

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdirektor: Rudolf Schöler  
Verlagsredaktion: Rudolf Schöler  
Verlag: Rudolf Schöler

Druckerei: Rudolf Schöler  
Druck: Rudolf Schöler  
Druck: Rudolf Schöler

Verlag: Rudolf Schöler  
Verlag: Rudolf Schöler  
Verlag: Rudolf Schöler

## Arbeitsdienst-Verordnung verabschiedet

### Bapen und Gahl beim Reichspräsidenten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Juli. Der Reichskanzler v. Bapen und der Reichsinnenminister v. Gahl haben heute abend die angekündigte Reise zum Reichspräsidenten v. Hindenburg nach Reudersdorf angetreten. Die beiden Herren haben den Seezug nach Ostpreußen zu benutzen, abzusehen und fahren durch den politischen Korridor. Die Rückkehr des Reichsinnenministers nach Berlin ist für den Donnerstagabend in Aussicht genommen, während der Reichskanzler v. Bapen bis Freitagabend in Reudersdorf verbleiben wird. Der Reichskanzler wird in Reudersdorf über das Ergebnis der Kautzmann Verhandlungen berichten, das, wie bekannt, vom Weimarer Kabinett gebilligt worden ist. An die außenpolitische Berichterstattung wird sich dann eine eingehende Besprechung der gesamten innerpolitischen Lage anschließen.

In der vor der Abreise stattgefundenen Kabinetts-Sitzung wurde die Verordnung über die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes beschlossen. Die Verordnung wird veröffentlicht werden, sobald sie zur Kenntnis des Reichsrates gebracht worden ist.

Da der Reichsrat selbst aber erst am Donnerstag der nächsten Woche wieder zusammentritt, wäre es möglich, daß man schon vorher der Öffentlichkeit die Grundsätze der Neuordnung bekanntgibt. Es wird damit gerechnet, daß dies nach der Unterrichtung des Reichspräsidenten über diese Angelegenheit der Fall sein wird. An den amtlichen Stellen werden infolgedessen zunächst keine näheren Mitteilungen über den Inhalt der Verordnung gemacht. Man beschränkt sich auf die allgemein gebaltene Andeutung, daß die Verordnung von den bestehenden Verhältnissen im freiwilligen Arbeitsdienst aus geht und zu einer grundsätzlich gehaltenen Ausdehnung führt, die nicht lediglich als vorübergehende Notmaßnahme anzusehen ist. Zu beachten ist vor allem noch, daß es sich hierbei nicht um eine Reorganisation, sondern um

#### eine bloße Verordnung des Reichsarbeitsministers

handelt. Der Erlaß einer derartigen Verordnung war möglich, weil die Notverordnung vom 29. Juli 1931 der Reichsregierung bereits die Ermächtigung zu Schritten solcher Art gegeben hatte.

#### Was den Inhalt der Verordnung anlangt,

so bewegt sie sich in den Gedankenansätzen, die von uns bereits dargestellt wurden. Die wesentliche Veränderung, die sie heute noch erfahren hat, ist, daß das Kabinett es vorgezogen hat, auf die Schaffung von Betrieben zu verzichten, und zwar sowohl in der Zentrale, als auch in den Bezirken. Der Grund hierfür liegt offenbar darin, daß man vermeiden will, das Ganze mit einem zu schwerfälligen Apparat zu umgeben. Wie wir unterrichtet sind, ist diese Verordnung aber nur ein Anfang. Man darf damit rechnen, daß die bevorstehenden Maßnahmen später noch weiter ausgebaut werden. Schließlich kann man bei der Frage der Persönlichkeit des Reichsarbeitsministers

darin vorübergehen, daß im § 139 des alten Gesetzes über die Einrichtung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ausdrücklich bestimmt wird, daß dem Präsidenten der Reichsanstalt die Pflege des freiwilligen Arbeitsdienstes obliegt.

Die „Kreuzzeitung“ weist aus offenbar gut unterrichteter Quelle folgendes an, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Entwurf in der abschließenden Kabinettsberatung noch in einigen unwesentlichen Punkten abgeändert worden ist: „In Frage kommt lediglich die Ernennung des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst, der den Stellen des Reichswehrministeriums entnommen werden wird und die Garantie bleiben soll, daß der Arbeitsdienst in seiner obersten Spitze jedem parteipolitischen Einfluß entzogen bleibt. Außerdem wird ein bewährter Fachmann auf organisatorischem Gebiet aus unbedingt überparteilichen Kreisen als Stabschef oder dergleichen eingesetzt werden. Daneben besteht die Absicht, als zweites ein

#### Reichsamt für geistige und körperliche Erziehung der Jugend

in unmittelbarer Anlehnung an das Reichswehrministerium zu schaffen.“

Die weiteren innerpolitischen Maßnahmen, die die Reichsregierung vorbereitet hat, werden naturgemäß stark von der Aussprache mit dem Reichspräsidenten beeinflusst werden. Infolgedessen hat das Kabinett heute weitere Entscheidungen bis nach der Rückkehr des Reichsinnenministers und des Reichskanzlers aus Reudersdorf zurückgestellt. Einen besonderen Raum wird in den Erörterungen mit dem Reichspräsidenten die Frage einnehmen, wie

#### in Preußen endlich Ordnung und Sicherheit

aufrechterhalten werden sollen. Da das Eingreifen des geschäftsführenden preussischen Innenministers überaus spät kommt und es sich zur Zeit noch nicht übersehen läßt, wie weit es dazu beitragen wird, die in Preußen stark gefährdete Ordnung wiederherzustellen, so wird in den Dispositionen in Reudersdorf die Frage des Reichskommissars für Preußen immer noch eine große Rolle spielen. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung, die von einigen Ländern bei den feineren Ausdehnungsüberlegungen über die Frage,

#### ob man in Preußen einen Reichskommissar einsetzen solle

oder nicht, geäußert wurden, ist der Reichsinnenminister v. Gahl offensichtlich befreit, diese Möglichkeit lediglich als allerletzte Eventualität in Betracht zu ziehen. Ob man gänzlich um sie herumkommen wird, wird wesentlich aus dem abhängen, wie der Reichspräsident selbst die Dinge sieht. Die Reichsregierung wird im übrigen auch prüfen, inwieweit die heutigen Anordnungen des preussischen Innenministers mit der Verordnung vom Juni 1932 bei der Anmeldung von Versammlungen und Demonstrationen in Einklang zu bringen sind, denn man befürchtet vielfach nicht ganz ohne Grund, daß die Form des Erlasses, die der preussische Innenminister Severing gewährt hat, auch zur Unterdrückung von Versammlungen bei der Agitation für die Reichstagswahlen führen kann.

### Seim über die Stellung Bayerns zum Reich

München, 13. Juli. Die „Bayerische Zeitung“ veröffentlicht in ihrer heutigen Abendausgabe eine Unterredung mit Geheimrat Dr. Seim. Nicht Bayern habe den Gegensatz zum Reich gesucht, sondern die neue Regierung habe diese Gegensatz selbst geschaffen. Eine Gefahr der Separation Bayerns wäre nur gegeben, wenn der Volkswissenschaftler in gewissen Teilen Deutschlands hochkomme. Dr. Seim erklärte, er sei der Meinung, daß der letzte Nationalsozialismus in kurzer Zeit vom Volkswissenschaftler abgeworfen werden würde. In Bayern denke niemand an Separatismus. — Dr. Seim verwies im weiteren Verlauf des Gesprächs darauf, daß gerade durch die jüngsten Vorgänge der monarchische Gedanke in Bayern starken Auftrieb erfahren habe. Zur Frage der Wahlhandlungsverhandlungen der Bayerischen Volkspartei erklärte Dr. Seim, er habe in der Presse gelesen, daß die Bayerische Volkspartei mit der Bayerischen Volkspartei einig geworden sei. Das liege durchaus im Interesse der Politik, die er schon 1918 befürwortet habe.

### Die „Bayerische Staatszeitung“ an den Reichsinnenminister

München, 13. Juli. Unter der Überschrift „Die Reise nach Reudersdorf“ schreibt die „Bayerische Staatszeitung“ unter anderem: „Wir möchten dringend wünschen, daß der Reichsinnenminister an den Reichspräsidenten die Bitte richtet, auf seinen Brief vom 10. Juni zu bescheiden und, da tatsächlich das dort kundgegebene Verlangen darauf, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben“, so augenscheinlich und so eindeutig äußert, daß der Reichspräsident zu lassen, mit allen ihm verfassungsmäßig ausstehenden Mitteln gegen Ausbreitungen jeder Art vorzugehen.“ Es ist möglich, fährt die „Bayerische Staatszeitung“ fort, daß sich der Kanzler und der Reichsinnenminister auf der

Fahrt nach Reudersdorf auch über die Rundfunkpläne unterhalten, die im Reichsinnenministerium erwogen werden. Diese Pläne tragen den Stempel umfassendster Zensurmaßnahmen. Diese Zensuren sind in der Überwachung der elektrischen Wellen und laufen darauf hinaus, den Ländern aus diesem Feld der Einflussnahme auf ein wichtiges kulturelles Gestaltungsfeld weitestgehend zu beschneiden. Es kann heute schon versichert werden, daß nicht nur Bayern, sondern wohl auch die übrigen Länder diese Zensurmaßnahmen der Rundfunk mit Entschiedenheit ablehnen werden.

### Eine Parteigruppe der Bayerischen Volkspartei

München, 13. Juli. Am Dienstagabend fand im Bürgerbräueller eine „Bayerenwacht“-Rundgebung der Bayerischen Volkspartei statt, zu der auch Ministerpräsident Dr. Held erschienen war. Der Parteiführer, Staatsrat Schäfer, erklärte, Bayern sei in seinem Vertrauen und in seinen natürlichen Rechten gefährdet worden. Jetzt könne es kein Vertrauen nur auf sich selbst geben. Innenminister Dr. Seim habe betont, die Bayernwacht müsse heraus in die Öffentlichkeit, um die eigenen Freunde zu beschützen. Vandalen und Geistesverwirrer Dr. Dunhammer kündigte an, daß es nicht mehr lange dauern werde, bis 100 000 junge Männer in den Reihen der Bayernwacht stehen. Die katholischen Burschenschaften mit 60 000 Mitgliedern seien bereit, in Gefellensvereine mit über 200 000 Mitgliedern treten, in Bayern die Bayernwacht einzutreten. Aber auch die älteren Bayern würden zur Stelle sein, wenn Gefahr drohe. Der Kreisleiter der Bayernwacht in München, Regierungsrat v. DeL erklärte, daß die Bayernwacht es ablehne, eine reine Parteigruppe zu sein und nur dem Ruf des verfassungsmäßigen Bayernhautes folge.

Wiedereröffnung der Berliner Universität am Donnerstag. Nach einer Mitteilung des Universitätssekretariats wird die Berliner Universität am Donnerstag um 14 Uhr wieder eröffnet.

### Freie Bahn dem Wiederaufbau

Nachdem Lausanne sich als eine Zwang ohne Geheimnisse erwiesen hat, widmen sich die Staatsmänner Europas zunächst wieder ihren inneren Sorgen, die nirgends klein sind. Die Ratifikation des neuen Tributplanes ist zunächst überall in den Hintergrund getreten. Sie hat keine Rolle auf den Kopf. Damit wird es gute Weite haben weil niemand den Anfang machen will. Die Engländer und hauptsächlich die Franzosen warten auf die Schuldenregelung mit Amerika, das sich auf diesem Ohr aber als völlig taub erwiesen hat. Wir Deutsche aber haben keinen Grund, vor den anderen Staaten zu ratifizieren. Uns braucht daran nichts zu liegen, weil nunmehr endgültig auch von amtlicher englischer Seite bestätigt worden ist, daß auch ohne Ratifikation, ja selbst bei ihrer Ablehnung durch Deutschland oder einen anderen Staat, der Nominalwert juristisch und juristisch erledigt ist. Derivats gegenständliche Ansicht ist von allen Seiten als irrig bezeichnet worden. Sie scheint auch mehr für den inneren Gebrauch bestimmt zu sein, als erstes Verabredungsmittel gegenüber der amerikanischen Wiederaufbau, die Schulden zu streichen. Unter dessen findet man sich in Frankreich mit dem gegenwärtigen Schwerezustand ab. Auch in diesem goldbesetzten Land haben Parlament und Regierung ihre Sorgen. Freilich sind sie anderer Natur als die unsrigen. Sie lauten darauf hinaus, wie erhält Frankreich seine europäische Hegemonie ohne wirtschaftliche und politische Cyper, wie wird man namentlich mit der unbehaglichen Abstraktion fertig? In der chauvinistischen französischen Presse finden sich zwar einleitend einige böse Bemerkungen über den angeblichen Tod der Tribute, aber dann findet man sich realpolitisch damit ab und konzentriert seine Aufmerksamkeit auf die eigenen Rüstungen und die der Bundesgenossen. In England wenden sich die Sorgen der Reichskonferenz in der kanadischen Stadt Ottawa zu, in der das lockere Gefüge des britischen Weltimperiums wieder neu gefestigt werden soll. Nirgends aber hält man die Ratifikation von Lausanne für vorrangig. Da die drei Jahre völliger Schonfrist, die uns gewährt worden sind, erst mit der endgültigen Annahme des Tributabkommens zu laufen beginnen, kann uns diese allgemeine Gleichgültigkeit nur annehmlich sein. Wir haben unterdessen keinen Grund, für eine baldige Entscheidung darüber einzutreten, ob Lausanne Geleg werden soll oder ob wir in einem vertraglosen Zustand bleiben, an dem nur gewiß ist, daß Deutschland während desselben keinen Pfennig zahlt.

Nachdem Lausanne so in der Praxis zurückgetreten ist, kann sich unsere Regierung dem inneren Aufbau unseres Vaterlandes zuwenden. Sie muß, gemäß der Erklärung bei ihrem Eintritt, einen völligen Systemwechsel durchzuführen, namentlich ein schöpferisches Aufbauprogramm entwickeln. Ob sie diese Aufgaben mit Energie und Verantwortungsbewußtsein lösen kann, davon hängt ihr Schicksal ab. Sie hat bisher sich wirtschafts- und steuerpolitisch nicht aus dem Notverordnungswahltem Bräutigam zu lösen vermocht. Das war vielleicht angesichts der völlig leeren Kassen des Reiches, der Länder, der Gemeinden sowie der Sozialversicherungen und unter dem Zwang von Lausanne, das nicht unter dem Druck einer fast hoffnungslosen Kassenleere stehen durfte, zu rechtfertigen. Diejenigen, die in 14jähriger beispielloser Mißwirtschaft diesen Zustand verschuldet haben, dürfen jedenfalls den Erben keinen Vorwurf daraus machen. Daß sie es trotzdem tun, ist nicht nur ein Beweis dafür, wie sehr sie die Abrechnung fürchten, sondern auch ein Beweis, daß die Sozialdemokratie ihre Hoffnungen ausschließlich darauf richtet, mit einer Flut von Schlagworten die ausschließliche Schuld der Linken an den inneren Zuständen in Deutschland zu verlagern.

Aber gerade deshalb ist es notwendig, daß die Regierung nun mit harter Energie an den wirtschaftlichen Wiederaufbau herangeht. Sie ist keine Regierung der nationalen Mehrheit unseres Volkes, sie ist und bleibt eine Übergangsregierung, die ihre Existenzberechtigung erst zu beweisen hat. Man hat ihr im Lager Brüning zum Vorwurf gemacht, sie habe zwar das Steuerprogramm, nicht aber die positiven Arbeitsbeschaffungspläne ihrer Vorgängerin übernommen. Daran ist so viel richtig, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm Brüning eine schöne Zukunftsmusik war, mit der der abgetretene Kanzler seine neuen Steuern den seinen schmachtlich zu machen versuchte. In Wirklichkeit war angesichts des Zustandes, in den unter Brüning und Dietrich die Reichsfinanzen geraten waren, gar nicht an die Durchführung der Arbeitsbeschaffung zu denken. Schon deshalb nicht, weil jede staatliche Arbeitsbeschaffung auf Grund neuer Steuern fruchtlos ist. Man kann nicht Arbeit schaffen, indem man zu ihrer Finanzierung durch Steuern vorher neue Arbeitslosigkeit geschaffen hat. Die beste Arbeitsbeschaffung ist die Stärkung der privaten Wirtschaft. Brüning's Wirtschaftspolitik endete dagegen in der zunehmenden Sozialisierung nichtlastender deutscher Unternehmungen, der Banken, der Schiffahrt der Eisen-, der Kohlen- und der übrigen Zweige der Schwerindustrie. Aus dieser Sachlage kann die Regierung Bapen



Wir führen Wissen.